Nr. 39 Freitag, 16. Februar 1917 24. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. – Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg. monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher 18693

Inserate kosten die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherm Tarif. – Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.– Mk. jedes Tausend, bei Teilauflage 5.– Mk. – Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Fernsprecher 4596 ● Inseraten-Abteilung Fernsprecher 2721.

Die skandinavischen Regierungen gegen die Seesperre.

Die englische Regierung nimmt die Kohlenbergwerke in Besitz.

Jahrestage des Weltkriegs.

16. Februar 1916. Bei Durazzo ein französischer Dampfer torpediert. — Erzerum wird von den Türken vor den Russen geräumt. — Zeppelindebatte im englischen Unterhaus.

Die neuesten Meldungen.

Spanische Reeder wollen ihre Schiffe verkaufen.

Madrid, 15. Februar. Funkspruch vom Vertreter des Wiener K. und K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau. Nach dem Blatte ABC stehen die Reeder von Bilbao mit den Engländern wegen des Verkaufs von Schiffen in Verhandlung. Es handelt sich um Schiffe von weniger als 3000 Tonnen, was die Hälfte der den Reedern in Bilbao gehörenden Flotte ausmacht, während die größeren Schiffe für den Transport im Auslandsverkehr verwendet werden sollen. Da der Schiffsverkehr gegenwärtig verboten ist und die Bewilligung von der Regierung abhängt, hat sich eine Abordnung der genannten Reeder nach Madrid begeben, um hierüber zu verhandeln.

Die Lebensmittelschwierigkeiten in England.

Rotterdam, 15. Februar. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sprachen sich mehrere Abgeordnete für strengere Maßregeln gegen die Produktion und die Einfuhr geistiger Getränke aus, um Schiffsraum zu sparen und mehr Weizen einführen zu können. Der Staatssekretär des Innern Sir George Cave versprach, alle zur Sicherung der Lebensmittelversorgung notwendigen Einschränkungen vorzunehmen. Er sagte, daß die Biererzeugung gegenüber der des Jahres 1915 um 40 Prozent, gegenüber 1916 um 30 Prozent herabgesetzt werden soll. Die neuen einschränkenden Bestimmungen werden am 1. April in Kraft treten.

London, 15. Februar. Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß Lloyd George am 19. d. M. eine Erklärung über die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der weiteren Beschränkung der Einfuhr und über die Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Begründung durch den Unterseebootkrieg abgeben werde.

Die Tauchbootdebatte im englischen Oberhaus.

Kopenhagen, 16. Februar. In der Tauchbootdebatte am Dienstag im englischen Oberhause machte der ständige Mitarbeiter für die äußere Politik, Besthorn, über Englands Aussichten für die Bekämpfung der Tauchboote keine besonders günstige Prognose.

(Frankfurter Zeitung.)

Amerika und Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Februar. Der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung ist ermächtigt zu erklären, daß die Anregung zu neuen Verhandlungen mit Amerika nicht von deutscher Seite, geschweige denn von der deutschen Regierung ausgegangen sei. Im Gegenteil hat die deutsche Regierung auf eine Anfrage von neutraler Seite, ob sie zu weiteren Verhandlungen bereit sei, erklärt, daß sie sich in der Seesperre gegen Frankreich und England in keiner Weise stören lasse, oder gar sie ändern könne. Im übrigen habe sie selbstverständlich keinen Grund, Verhandlungen aus dem Wege zu gehen.

(Frankfurter Zeitung.)

Explosion in Munitionsfabriken.

Paris, 15. Februar. (Agence Havas.) Bei einem Brande, dem drei Explosionen folgten, wurde die Pulverfabrik in Neuville sur Saone zerstört. Vier Personen wurden getötet, drei werden vermißt. Eine wurde tot aufgefunden. 52 Verletzte, darunter 40 Leichtverletzte.

London, 15. Februar. Nach einer amtlichen Meldung brach gestern in einer Munitionsfabrik in Hertfordshire Feuer aus. Der Schaden soll gering sein. Zwei Arbeiter seien getötet worden.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 15. Februar befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Die Neuorientierung.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause wird uns vom Donnerstag geschrieben:

Hat es wirklich einmal eine Zeit gegeben, in der so etwas wie Gesellschaftsklassen existierten, Klassen mit verschiedenen, miteinander kollidierenden Interessen? Und existierte wirklich einmal eine Partei, deren politische Grundtheorie darin bestand, daß die geschichtliche Entwicklung sich gerade durch den politischen Austrag dieser Klassengegensätze vollziehe, solange, bis durch Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung die sozialen Gegensätze selbst aufgehoben wurden? Und bestand demgemäß die politische Praxis dieser Partei nicht darin, die Tatsache der sozialen Gegensätze dem Bewußtsein der Volksmassen so scharf als möglich einzuprägen, damit aus dieser politischen Einsicht die Aktionskraft des sozialistischen Proletariats erwachse? Gab es wirklich einmal etwas derartiges?

Vor zweieinhalb Jahren hätte man jemandem, der eine solche Frage aufgeworfen, mitleidig eine Kaltwasserkur angeraten — heute drängt sie sich auf Schritt und Tritt auf. So jetzt wieder bei der Rede, die der „Mehrheits"redner der Sozialdemokratie, Leinert, am Donnerstag im preußischen Abgeordnetenhause in der Debatte über das preußische Innenministerium gehalten hat. Denn Leinert sprach so, als habe niemals ein Marx gelebt, niemals ein Erfurter Programm bestanden, als beständen Staat und Gesellschaft im wesentlichen aus einer gleichartigen Masse, als gäbe es zwar noch eine Handvoll verstockter Reaktionäre, aber demgegenüber auch eine über den Klassen schwebende Regierung, von der, bei einigem guten Zureden und sanftem Drängen, eine wahrhaft demokratische Umgestaltung des Staatslebens zu erwarten sei. Ja, während sich die sozialdemokratische „Mehrheit" bisher nur den Ruf erworben hatte, Bethmannoffiziös zu sein, erklärte Leinert am Donnerstag sogar den preußischen Minister des Innern, Herrn v. Loebell, für den vertrauenswerten Reformgehilfen Bethmanns und den Bürgen der Neuorientierung! Herr v. Loebell machte bei diesen überraschenden Komplimenten ein höchst sonderbares Gesicht, mag ihm doch wieder das Wort auf der Zunge gelegen haben, mit dem er einst Herrn Pachnickes Wahlrechtsillusionen abtrumpfte: „Aber Herr Abgeordneter, womit habe ich das verdient!"

Daß Herr Loebell diesmal so spöttisch antwortete, war freilich überflüssig, denn über Wesen und Inhalt der von ihm zu erwartenden Neuorientierung hatte er sich ja tags zuvor deutlich genug ausgesprochen. Darüber, daß er auch nicht im entferntesten an eine demokratische Wahlreform denkt, hatte er keinen Zweifel gelassen. Welcher Reformen man sich von ihm zu versehen hat, hatte er schon dadurch gekennzeichnet, daß er den Geist des bisherigen Preußens als den Geist der Freiheit verherrlicht hatte.

Es war keineswegs ein falscher Zungenschlag oder eine ungewollte Entgleisung, sondern der Ausfluß der ganzen Leinertschen Auffassungsweise, für die unüberbrückbare soziale Gegensätze nur bis zum Ausbruch des Krieges existierten. Bis dahin auch nur gab es einen „preußischen Polizeistaat". Der Krieg hat die große Einheit, das Sichverstehenlernen, das „Hinzulernen" gebracht, und diese Einheit kann und soll dem Volke nicht wieder verloren gehen. Man soll dem Proletariat nur einen bescheidenen Anteil an der Verwaltung einräumen, dann wird es auch, wie Leinert beteuerte, „Verantwortungsgefühl" entwickeln. Was darunter zu verstehen ist, hat ja die Kriegspolitik der „Mehrheit" und ihre Preisgabe jeder selbständigen sozialistischen Politik bewiesen.

Nachdem Leinert so auch für die Zukunft den Verzicht auf jede Betätigung grundsätzlicher sozialistischer Politik proklamiert hatte, konnte er sich dann schon einige volkstümliche derbe Kraftsprüchlein leisten, ohne daß das Dreiklassenhaus ihm das sonderlich krumm genommen hätte. Ja, als Leinert pathetisch versicherte, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf das preußische Abgeordnetenhaus das mindeste sei, was er von der preußischen Wahlreform erwarte, brach die Rechte und Mitte des Hauses in eine höchst gemütliche Heiterkeit aus. Man kennt ja nach den Erfahrungen des Krieges seine Leute und weiß, was sich unter dem Löwenfell versteckt. Man nahm deshalb diese Forderung so wenig tragisch, wie die gelegentlichen Hiebe gegen Kriegswucherer, die Ausfälle gegen die Gesindeordnung, das Herrenhaus und dergleichen mehr. Alles in allem erregte die Rede Leinerts so wenig das Mißfallen selbst der extremsten Gegner der Sozialdemokratie, daß ausgerechnet der Freiherr Oktavio von Zedlitz Leinert durch Händedruck zu seiner „brillanten" Rede gratulierte! Man sagt sich eben auf der Rechten, daß die paar polemischen Schärfen dazu gehören, wenn man die Massen mit Hilfe gewisser Führer „bei der Stange halten" will.

Die Debatte wird erst am Freitag ihr Ende finden.

Vorwärts-Redakteure gegen Parteivorstand und Fischer.

Berlin, 14. Februar.

Heute stand vor der Zivilkammer I des hiesigen Landgerichts die Verhandlung in der Klage an, die die Vorwärtsredakteure, Genossen Däumig, John, Leid, Stadthagen, Ströbel und Wiedepp erhoben haben. Die Klage richtet sich gegen die offene Handelsgesellschaft „Vorwärts" Paul Singer u. Co., gegen deren Prokuristen Genossen Richard Fischer und gegen die Parteivorstandsmitglieder Genossen Bartels, Braun, Ebert, Gerisch, Müller, Molkenbuhr, Pfannkuch, Scheidemann, Wels, Wengels und Zietz.

Das Klagebegehren geht dahin, die im November 1916 durch Fischer erklärte „Entlassung" der Kläger als Redakteure für rechtsunwirksam zu erklären, das Gehalt zu zahlen, jede Störung der Tätigkeit der Redakteure bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe zu unterlassen, insbesondere den einseitig von den Beklagten eingesetzten „Redakteuren" keinen Einfluß auf den Vorwärts zu gestatten, sich jedes Eingriffs in die Tätigkeit der Kläger zu enthalten und den Vorwärts so zu drucken, wie die Kläger es anordnen.

Zur Begründung der Klage ist von dem Anwalt der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Borowitz auf § 25 des Parteistatuts Bezug genommen, nach dem lediglich durch gemeinschaftlichen Beschluß der Preßkommission und des Parteivorstandes Redakteure angestellt oder entlassen werden können. Der offenen Handelsgesellschaft stehe ebenso wie Fischer auf die redaktionelle Gestaltung des Vorwärts, auf die Anstellung, Entlassung und Tätigkeit der Redakteure keinerlei Einfluß zu. Die Gesellschaft sei nicht Eigentum ihrer nominellen Inhaber, sondern Eigentum der Berliner Genossen. Die Gesellschaft ist als Treuhänder (Fiduciar) der nicht rechtsfähigen wirklichen Eigentümer errichtet. Der Gesellschaftsvertrag ergab, daß die nominellen Inhaber nur Scheineigentümer sind, die nie einen Pfennig zum Gesellschaftsvermögen beigetragen haben, noch ein Recht auf einen Pfennig Gesellschaftsvermögen haben. Zur Ueberwachung der Einhaltung der Verpflichtungen sei eine Neunerkommission eingesetzt, die aus je einem Vertreter der Berliner acht Wahlkreise und einem Vertreter der Gewerkschaftskommission bestehen. Diese Vertreter haben auf Abruf ihrer Wahlkörper zurückzutreten. Die offene Handelsgesellschaft habe nur die Verpflichtung, den Vorwärts zu drucken und die gemeinsamen Beschlüsse der Preßkommission und des Vorstandes auszuführen, insbesondere auch die Gehälter zu zahlen. Aus den Gewinnen der Druckerei sei das Kapital für die Lindenhausaktiengesellschaft geschafft. Auch diese sei nur Treuhänderin der Berliner Genossen, die Grundstücke gehören ihnen. Lediglich formell treten die beiden Gesellschaften als Verleger oder Eigentümer auf, um den formalrechtlichen Vorschriften zu genügen. Die Beklagten hätten ihre formalrechtliche Stellung in einer strafbaren, jedenfalls unerlaubten Weise gegen Treu und Glauben ausgenutzt, um den wahren Eigentümern ihr Eigentum zu nehmen und die Kläger zu schädigen. Unter Ausnutzung des Kriegszustandes hätten sie die Berliner Genossen und die Kläger vorsätzlich und widerrechtlich in ihren Rechten verletzt. Sie hätten durch Täuschung des Oberkommandos über die näheren Rechtsverhältnisse und die tatsächlichen Verhältnisse den Vorwärts dem Parteivorstand in die Hände gespielt, nachdem der Parteivorstand durch seine Bekanntmachungen wiederholt ein Verbot des Vorwärts, die Präventivzensur über denselben und andere Maßnahmen der Zensurbehörde gegen den Vorwärts herbeigeführt hatte. Sie hätten aus dem Vorwärts ein charakterloses Organ gemacht. Die Anträge seien nach den Satzungen des Organisationsstatuts der Partei, den Satzungen der Berliner Parteiorganisationen, den Verträgen der Kläger, den von der Handelsgesellschaft übernommenen Verpflichtungen und auf Grund der Tatsachen gerechtfertigt. Die Beklagten hätten widerrechtlich, arglistig und vorsätzlich die Rechte der Kläger und Treu und Glauben verletzt. Alle Behauptungen der Klage sind unter Beweis gestellt, auch dem Beklagten Fischer der Eid darüber zugeschoben, daß er erklärt hat: er wisse, daß er im Unrecht sei, aber in solchen Fällen gehe Macht vor Recht.

Von den Beklagten anerkannten die Genossen Wengels und Zietz den Klageanspruch in vollem Umfang, Wengels mit dem